

## Reiche wirbt für Energiekonsens

**[11.06.2026] Auf dem BDEW Kongress setzte Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche ein Zeichen. Um Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gleichermaßen zu gewährleisten, sei ein Energiekonsens zwischen Politik, Energiewirtschaft und Gesellschaft notwendig. Die Energiewende könne nur gelingen, wenn politische Ziele und energiewirtschaftliche Realität zusammengeführt würden.**

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hat gestern (10. Juni 2026) auf dem [BDEW Kongress](#) für einen neuen energiepolitischen Konsens geworben. Angesichts wirtschaftlicher Schwäche, hoher Energiekosten und der Herausforderungen der Energiewende dürften Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. „Sie bedingen sich gegenseitig“, erklärte die Ministerin. Wer einen dieser Aspekte opfere, „bringt am Ende die Energiewende zum Scheitern“.

Zu Beginn ihrer Rede unterstrich Reiche die grundlegende Bedeutung einer sicheren Energieversorgung für Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei griff sie ein Zitat des Erfinders Nikola Tesla auf: „Energie ist das kostbarste Gut der Menschheit. Ohne sie gibt es keine Zivilisation, keinen Fortschritt und keinen Wohlstand.“ Für Deutschland gelte deshalb: „Ohne eine sichere Energieversorgung in unserem Land können wir Industrieland nicht halten, sind wir nicht wettbewerbsfähig.“

### Wirtschaftliche Schwäche als Ausgangspunkt

Die Ministerin zeichnete zunächst ein ernüchterndes Bild der wirtschaftlichen Lage. Seit 2019 stagniere die deutsche Wirtschaft weitgehend, zwei Rezessionsjahre hätten deutliche Spuren hinterlassen. Unternehmen verlagerten ihre Aktivitäten ins Ausland. Hohe Energiepreise seien dabei zwar ein wichtiger Faktor, aber nicht der einzige. Gleichzeitig bekannte sich Reiche ausdrücklich zu den nationalen, europäischen und internationalen Klimaschutzzielen. Allerdings sei die zentrale Frage noch nicht abschließend beantwortet, wie Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke gleichermaßen erreicht werden könnten. „Wir müssen diese Frage beantworten“, betonte sie.

### „Wir brauchen einen Energiekonsens“

Die Bundeswirtschaftsministerin hatte für die Branchenvertreter auch eine übergeordnete Botschaft: Reiche warb für einen neuen „Energiekonsens“ zwischen Politik, Energiewirtschaft und Gesellschaft. Die Debatten der vergangenen Jahre seien häufig von Gegensätzen geprägt gewesen – zwischen Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit, zwischen Versorgungssicherheit und Energiewende oder zwischen Politik und Branche. Diesen Gegensatz wolle sie überwinden. „Wir brauchen in Deutschland so etwas wie einen Energiekonsens – nicht über Instrumente, sondern über das Ziel“, sagte die Ministerin. Dieses Ziel bestehe darin, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gleichermaßen zu gewährleisten. Diese drei Dimensionen seien keine Alternativen, „zwischen denen wir wählen können, sondern sie bedingen sich gegenseitig“.

## Erneuerbare Energien bleiben Erfolgsgeschichte

Positiv bewertete die Ministerin den Ausbau der erneuerbaren Energien. Im ersten Quartal 2025 seien 75 Terawattstunden Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt worden – 13 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die installierte Leistung sei 2025 um 23 Gigawatt gestiegen. Besonders Photovoltaik und Windenergie hätten deutlich zugelegt. Die Zahlen zeigten klar: „Die Erneuerbaren sind eine Erfolgsgeschichte.“

Dennoch verwies Reiche auf die Grenzen eines Energiesystems, das zunehmend auf wetterabhängiger Stromerzeugung basiert. Im vergangenen Jahr habe es mehrere längere Phasen mit geringer Einspeisung aus erneuerbaren Energien gegeben. An sechs Tagen sei praktisch keine Versorgung aus erneuerbaren Quellen möglich gewesen. Teilweise hätten sogenannte Dunkelflauten über sieben bis elf Tage andauert. „Für diese Tage brauchen wir eine Lösung“, sagte Reiche. Deutschland benötige deshalb „gesicherte Leistung“, die zuverlässig und über längere Zeiträume verfügbar sei.

## Kraftwerksstrategie soll Versorgung absichern

Außenansicht des BDEW-Kongresses 2026: Die Glasfassade des Veranstaltungsgebäudes ist mit großformatigen roten B  
[caption id="attachment\_82674" align="alignleft" width="300"]

Image not found or type unknown

Auf dem BDEW Kongress dankte die

Bundeswirtschaftsministerin mehrfach dem Verband für die konstruktive Begleitung aktueller Gesetzgebungsvorhaben. (Bildquelle: K21 media GmbH)[/caption]

Vor diesem Hintergrund verteidigte die Ministerin die geplante Kraftwerksstrategie der Bundesregierung. Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie und dem fortschreitenden Kohleausstieg seien neue steuerbare Kraftwerkskapazitäten erforderlich. Noch in diesem Jahr sollen Ausschreibungen für insgesamt zwölf Gigawatt neue Kraftwerksleistung starten, davon zehn Gigawatt mit Langzeitkriterium. Zudem setzt die Bundesregierung auf eine regionale Steuerung des Kraftwerkszubaues, um insbesondere die Versorgung im Süden Deutschlands zu stärken. Für die Jahre 2027 bis 2029 kündigte Reiche außerdem die Einführung eines Kapazitätsmarktes an. Dieser solle erstmals gesicherte Leistung vergüten und technologieoffen ausgestaltet werden. Davon könnten neben Gaskraftwerken auch Batteriespeicher, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und andere flexible Technologien profitieren.

## Kritik an Fehlentwicklungen im Stromsystem

Neben Versorgungslücken sprach Reiche auch strukturelle Probleme des Strommarktes an. Als Beispiel nannte sie extreme Preisschwankungen sowie eine steigende Zahl negativer Strompreise. Im vergangenen Jahr habe es 573 Stunden mit negativen Börsenstrompreisen gegeben. „Das sind nicht nur Schönheitsfehler, das sind Systemsignale“, sagte die Ministerin. Überschüssiger Strom belaste den

Bundeshaushalt und das EEG-Konto. Gleichzeitig würden hohe Redispatch-Kosten von mehr als drei Milliarden Euro jährlich anfallen. Aus ihrer Sicht müsse deshalb künftig stärker darauf geachtet werden, erneuerbare Anlagen dort zu errichten, wo ausreichend Netzkapazitäten vorhanden sind. Dauerhafte Abregelungen und entsprechende Entschädigungszahlungen seien weder wirtschaftlich noch vermittelbar.

## **EEG-Reform und Netzausbau**

An den grundsätzlichen Ausbauzielen für erneuerbare Energien will die Bundesregierung festhalten. Das Ziel eines Anteils von 80 Prozent erneuerbarer Energien am Stromverbrauch bleibe bestehen. Auch die Ausbaupfade für Photovoltaik und Windkraft würden nicht verändert. Allerdings kündigte Reiche verschiedene Anpassungen an. So soll der Ausbau stärker in Richtung Freiflächenanlagen gelenkt werden. Zudem sollen neue Photovoltaikparks künftig verstärkt mit Batteriespeichern kombiniert werden. Dies sei „netztechnisch sinnvoll“. Parallel dazu sollen die Stromnetze schneller ausgebaut und digitalisiert werden. Netzbetreiber müssten mehr Transparenz über bestehende Engpässe schaffen und den Netzausbau beschleunigen. „Beide müssen investieren“, sagte Reiche mit Blick auf Netzbetreiber und Erneuerbaren-Branche. „Aber es geht nur zusammen.“

Zwar machte Reiche deutlich, dass Fehlentwicklungen wie hohe Redispatch-Kosten oder netzferner Ausbau erneuerbarer Anlagen korrigiert werden müssten. Gleichzeitig signalisierte sie Offenheit für alternative Vorschläge aus der Branche. Mit Blick auf den diskutierten Redispatch-Vorbehalt erklärte sie ausdrücklich, sie sei „offen für alle Vorschläge“, sofern diese das gemeinsame Ziel erfüllten, Netzengpässe zu reduzieren und unnötige Abregelungen zu vermeiden. Sie zeigte sich überzeugt, dass Politik und Energiewirtschaft hier „eine gemeinsame, gute Lösung finden“ könnten.

## **Wärmewende und Wasserstoff bleiben auf der Agenda**

Auch bei der Wärmewende setzt die Bundesregierung auf Kontinuität. Das neue Gebäudemodernisierungsgesetz solle für mehr Investitionssicherheit sorgen. Wärmepumpen würden weiterhin gefördert. Bereits die Ankündigung eines pragmatischeren Ansatzes habe den Markt belebt und zu steigenden Verkaufszahlen geführt. Zudem bekräftigte die Ministerin die Bedeutung der Wasserstoffwirtschaft. Die notwendigen Infrastrukturprojekte würden vorangetrieben und die Förderpolitik fortgesetzt. Entscheidend sei nun, ausreichend Nachfrage zu schaffen. „Wenn der Demand nicht da ist, wird es schwer, das Kernnetz zu füllen“, warnte sie.

Eine klare Absage erteilte Reiche neuen staatlichen Preisbremsen oder Marktinterventionen. Sie halte wenig von Eingriffen in funktionierende Märkte und wolle entsprechende Instrumente nicht erneut einsetzen. „Mit mir wird es keine Preisbremsen geben“, erklärte die Ministerin. Stattdessen wolle die Bundesregierung die Versorgungssicherheit durch langfristige Lieferverträge und einen stabilen Ordnungsrahmen gewährleisten.

## **Gemeinsame Verantwortung für den Erfolg der Energiewende**

Reiche stellte ausdrücklich die Rolle der Energiewirtschaft als Partner der Politik heraus. Mehrfach dankte sie dem BDEW für die konstruktive Begleitung aktueller Gesetzgebungsvorhaben. Die Stellungnahmen des Verbandes seien nicht von grundsätzlicher Ablehnung geprägt, sondern enthielten praxisnahe Verbesserungsvorschläge aus Sicht von Netzbetreibern, Energieversorgern und Marktakteuren.

In der öffentlichen Debatte entstehe häufig der Eindruck, zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft lägen unüberbrückbare Differenzen. Diesen Eindruck wies Reiche entschieden zurück. „Ich sehe die nicht, ich möchte die nicht“, erklärte sie mit Blick auf vermeintliche Gräben zwischen Politik und Branche. Die Energiewende könne nur gelingen, wenn politische Ziele und energiewirtschaftliche Realität zusammengeführt würden. Deshalb betonte die Ministerin mehrfach ihre Bereitschaft, bei strittigen Fragen gemeinsam mit den Unternehmen nach praktikablen Lösungen zu suchen.

()

Stichwörter: Politik, BDEW, BDEW-Kongress, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Katherina Reiche